

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der GemeinderätInnen Heinz Vettermann, Mag. (FH) Tanja Wehsely, Mag. Jürgen Czernohorsky, Mag. Sybille Straubinger, MBA und GenossInnen (SPÖ), sowie Mag. Martina Wurzer, Senol Akkilic und FreundInnen (GRÜNE), eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 29. Jänner 2015 zu Post 22,

betreffend Stärkung der demokratischen Werte an unseren Schulen durch die Einführung eines eigenen verpflichtenden Schulfaches "Politische Bildung"

Generell immer und besonders in Zeiten als bedrohlich erlebter politischer wie sozialer Ereignisse, die global und so auch in Europa und Österreich Menschen bewegen und unsere Gesellschaft herausfordern, ist es nötig, das eigene Fundament an demokratischen Werthaltungen zu sichern und zu stärken. So verleihen aktuelle Ereignisse wie zuletzt die Terroranschläge in Paris der schon länger bestehenden Forderung nach einer Stärkung der politischen Bildung an unseren Schulen neue Dringlichkeit.

Gerade in der Schule kann und sollte die Möglichkeit der Erziehung zur Demokratie und zur Vermittlung der universell gültigen Menschenrechte noch stärker als bisher erkannt und gefördert werden. Junge Menschen sollen mittels der vermehrten schulischen Auseinandersetzung mit unserer demokratischen staatlichen Verfasstheit, den vielfältigen Möglichkeiten der politischen wie gesellschaftlichen Teilhabe und der Bedeutung sämtlicher - individueller, politischen und sozialer - Menschenrechte dafür sensibilisiert werden, den besonderen Wert der in Österreich und Europa bereits erreichten Freiheitsrechte zu erkennen und - im Bewusstheit der damit verbundenen Rechte und Pflichten - zur aktiven Partizipation in unserer Gesellschaft befähigt werden. Gerade in einer von hoher Diversität geprägten Gesellschaft ist es nötig, unter Berücksichtigung und im Respekt vor der Vielfalt der kulturellen Zugänge und individuellen Lebensentwürfe zugleich den gemeinsamen und alle miteinander verbindenden "common ground" bereits in der Schule umfassend zu vermitteln.

Politische Bildung ist bereits seit 1978 durch den Grundsatzterlass "Politische Bildung in der Schule", der die Grundlage für das Unterrichtsprinzip "Politische Bildung" darstellt, in das Schulwesen integriert. Derzeit wird "Politische Bildung" an Österreichs Schulen ab der 8. Schulstufe gelehrt - zuvor ist es wesentlich darauf beschränkt, nur ein Unterrichtsprinzip unter vielen zu sein. Auch ab der 8. Schulstufe hängt es derzeit vom Schultyp und Lehrplan ab, wieviele Stunden "Politische Bildung" tatsächlich unterrichtet werden.

Für politische Bildung bleibt LehrerInnen im Unterricht somit kaum Zeit. Dies zeigte zuletzt auch eine im Jahr 2014 veröffentlichte Studie des Instituts Sora im Auftrag der Wiener Arbeiterkammer und der Pädagogischen Hochschule (PH) Wien unter 500 LehrerInnen an Wiener Volksschulen, Neuen Mittelschulen und der Unterstufe von Gymnasien. Mehr als die Hälfte der Befragten gaben an, dass sie zu wenig Zeit für "Politische Bildung" fänden.

Diese signifikante Diskrepanz zwischen einer nicht zuletzt aus den aktuellen globalen Ereignissen abgeleiteten besonderen Dringlichkeit der verstärkten schulischen Beschäftigung mit Fragen der politischen Bildung und einer gleichzeitigen Schulrealität, in der - auch durch Studien belegt - zu wenig Zeit für politische Bildung im Unterricht bleibt, macht es nötig, weiterreichende Maßnahmen zu setzen und "Politische Bildung" als eigenes und verpflichtendes Unterrichtsfach bereits ab der 5. Schulstufe (1. Stufe der Mittelschule) bundesgesetzlich zu verankern.

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

Der Wiener Gemeinderat bekennt sich zur Wichtigkeit der verstärkten Verankerung der politischen Bildung an unseren Schulen und appelliert deshalb an die österreichische Bundesregierung, ab der 5. Schulstufe (1. Stufe der Mittelschule) das Schulfach "Politische Bildung" verpflichtend einzuführen. Auf diese Weise sollen allen SchülerInnen demokratische Werte, gesellschaftliche und gesetzliche Rechte und Pflichten, die universell geltenden Menschenrechte und die Möglichkeiten der aktiven Teilhabe an unserer Gesellschaft bestmöglich vermittelt werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 29. Jänner 2015